

II-3421 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1821/J

1988 -03- 0 9

A N F R A G E

der Abgeordneten EIGRUBER, PROBST
an den Bundeskanzler
betreffend Höchstpreisgrenze für Dienstwagen

Der Finanzminister anerkennt steuerlich die Anschaffungskosten für betrieblich genützte PKW's und Kombis nur bis zu S 350.000,--. Alles, was darüber liegt, wird dem Privatbereich eines Unternehmers zugerechnet und ist zu versteuern.

In Zeiten, in denen Sparen von Politikern lauthals als notwendige Tugend gepredigt wird, stünde es diesen sehr wohl an, dem Vorbild Unternehmer zu folgen und sich eine Selbstbindung dergestalt aufzuerlegen, daß auch sie bei ihrem Dienstwagen eine S 350.000,-- -Grenze einhalten. Alles, was diese Summe übersteigt, muß dann eben der einzelne aus eigener Tasche begleichen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen aus diesem Grunde an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Werden Sie dafür eintreten, daß zukünftig für Politiker und Funktionäre von Sozialversicherungsanstalten u.ä. bezüglich Dienstwagen dieselben Bestimmungen eingeführt werden, wie sie zur Zeit für Unternehmer gelten?